

56. Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen (KBB) am 15./16.11.2018 in Hamburg: Länderbericht Bremen

Übersicht

1. Novellierung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG)
2. Novellierung der Landesbauordnung (BremLBO)
3. Reform des Bremer Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
4. Umsetzung BTHG
5. Sonstiges
6. Veranstaltungen im Zeitraum November 2018 - März 2019 (Auswahl)

1. Novellierung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG)

Das BremBGG sieht u.a. folgende Punkte vor: Zielvereinbarungen, Leichte Sprache, die Schaffung der Stelle eines Beauftragten für bauliche Barrierefreiheit, eine Zentralstelle für barrierefreie Informationstechnik (verortet beim LBB), das Verbandsklagerecht und eine Schlichtungsstelle (verortet beim LBB).

Zeitliches Verfahren: die Befassung hat im September im Senat, in der Deputation für Soziales und in 1. Lesung in der Bremischen Bürgerschaft stattgefunden. Der weitere Zeitplan sah ursprünglich vor, dass das Gesetz abschließend in der 2. Lesung im November in der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet werden sollte. Da bei Redaktionsende der weitere Zeitplan unklar war, kann gerne vor Ort mündlich darüber berichtet werden.

2. Novellierung der Landesbauordnung (BremLBO)

Die BremLBO enthält eine Regelung zur Barrierefreiheit von Büro- und Verwaltungsgebäuden mit einer Nutzfläche ab 500 Quadratmetern, auch wenn diese nicht öffentlich zugänglich und nicht dem allgemeinen Besucher- und Benutzerverkehr dienen.

Nach § 50 Absatz 1 Satz 3 sollte in der BremLBO eine verbindliche Quote für Wohnungen eingeführt werden, die „uneingeschränkt mit dem Rollstuhl zugänglich und nutzbar sein“ sollen. Diese Quotenregelung ist ausgesetzt worden. Stattdessen hat sich der LBB mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) und der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft darauf verständigt, dass es in Bremen Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnungsangebots für Menschen mit Rollstuhl und zur Schaffung rollstuhlgerechter Wohnungen geben soll.

Im Juli 2018 wurde u.a. durch den LBB eine Selbstverpflichtungserklärung zur Verbesserung des Angebots an rollstuhlgerechten Wohnungen in Bremen unterzeichnet. Um zukünftig am Bedarf orientiert R-Wohnungen zu bauen, sieht die Erklärung u.a. die Ermittlung der aktuellen Nachfrage vor („Gut wohnen mit Rollstuhl. Wie geht das?“). Im Zeitraum August - Oktober 2018 wurde eine Umfrage zum Bedarf an R-Wohnungen in der Stadtgemeinde Bremen durchgeführt: es kamen mehr als 500 Rückmeldungen an. Aktuell findet die Auswertung statt.

<https://www.kom-fort.de/>

3. Reform des Bremer Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Zur Reform des Bremer PsychKG wurde eine begleitende Arbeitsgruppe (der LBB gehört ihr an) gebildet. Aufgabe ist die Begleitung, Förderung und Bewertung der Psychiatriereform. Zu ihren Aufgabenfeldern gehören u.a. die Bewertung und Ausrichtung der Psychiatriereform und die Vorbereitung der Erstellung des Landespsychiatrieplans.

Die Arbeitsgruppe hat gerade ein Eckpunktepapier entwickelt, in dem sie wichtige Elemente einer Reform des Bremer PsychKG vorschlägt. Das Papier wird am 19.11.2018 der Öffentlichkeit vorgestellt.

4. Umsetzung BTHG

Die Struktur in Bremen ist vorhanden:

- ein überarbeiteter Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und der Stadtgemeinde Bremerhaven; mit dem Gesetz werden ein neues Ausführungsgesetz zum SGB IX erlassen und das bestehende Ausführungsgesetz zum SGB XII angepasst
- der Begleitausschuss zum Bundesteilhabegesetz hat unter Mitwirkung des LTHB Ende März d.J. seine Arbeit aufgenommen (Federführung: Senatorin für Soziales)
- Beteiligung am Rahmenvertrag

- die Mitglieder des Landesteilhabeberrats (LTHB) haben sich in der AG Bundesteilhabegesetz für die zukünftigen Aufgaben bezüglich der Umsetzung des BTHG in vier Schulungsmodulen (Referenten-Tandem Ottmar Miles-Paul und Horst Frehe) qualifizieren lassen (zuletzt am 06.11.2018)
- der LTHB hat zum Ausführungsgesetz zum BTHG Stellung genommen: in der Stellungnahme trifft der LTHB u.a. Aussagen zur Beteiligung gemäß § 94 Absatz 4 SGB IX sowie zum Landesrahmenvertrag
- der LTHB ist mit sechs Personen in der Vertragskommission und mit jeweils zwei in den Unterarbeitsgruppen vertreten
- Bedarfsermittlungsinstrument: die AG zum Bedarfsermittlungsinstrument empfiehlt im Land Bremen das Instrument BENi aus Niedersachsen in einer modifizierten Form anzuwenden
- EUTB-Beratungsstellen im Land Bremen: sechs Organisationen haben ihre Arbeit aufgenommen und sollen nach Ablauf der Projektzeit verstetigt werden

5. Sonstiges

- a) Schwerbehindertenausweis: Bundesrat-Entschließungsantrag „Es ist normal, verschieden zu sein“ (Antragsteller: Länder Bremen und Berlin), 10.10.2018, Drucksache 495/18
- b) Arbeitsassistent: ASMK-Antrag „Arbeitsassistent rechtssicher und verlässlich gestalten“ (Antragsteller: Bremen, Brandenburg, ...), Forderung: Erlass einer Rechtsverordnung, 24./25.10.2018
- c) Projekt PROMI-Promotion inklusive (basierend auf dem Modellprojekt „InWi“ - Inklusion in der Wissenschaft); Forderung: Verstetigung der Förderung schwerbehinderter Nachwuchswissenschaftler*innen

6. Veranstaltungen im Zeitraum November 2018 - März 2019 (Auswahl)

VA Teilhabe 2.0 - Mediale Selbstbestimmung in der Praxis am 15.11.2018 (Fachtag zum Thema Medienkompetenz und Behinderung)

- Veranstalter: LBB, Bremische Landesmedienanstalt und Martinsclub Bremen

Mediale Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen. Diese Forderung sieht auf dem Papier gut aus. Eine anspruchsvolle Aufgabe für alle Fachkräfte der Behindertenhilfe, noch dazu in einer Zeit des rasanten medialen Wandels. Wie Sie selbstbestimmten Mediengebrauch unterstützen und gleichzeitig Medienkompetenz fördern können, zeigen wir bei diesem 2. Fachtag.

<https://www.mcolleg.de/termin/?event=709>

VA 2. Forum Migration/Flucht und Behinderung am 22.11.2018

- Veranstalter: LBB, der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen und der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen

Nach der erfolgreichen Veranstaltung „Rechte und Versorgung behinderter Geflüchteter“ im März geht es beim 2. Forum um den Einsatz von Sprachmittlerdienste sowie die Vernetzung der Akteur*innen des Unterstützungssystems für behinderte Menschen mit den Bereichen der Flüchtlingshilfe sowie der Migrations- und Integrationsarbeit.

https://www.behindertenbeauftragter.bremen.de/themen/migration_und_behinderung-12213

VA Gesundheitsförderung und Prävention inklusiv gedacht am 06.12.2018

- Veranstalter: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen und LBB

Für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung findet eine Gesundheitsförderung bisher vor allen in den Werkstätten für behinderte Menschen statt. Im Rahmen der VA möchte man mit Fachkräften über Ansätze einer teilhabeorientierten Gesundheitsförderung diskutieren. Praxisbeispiele z.B. aus dem Bereich Gesundheitskompetenz zeigen wie Konzepte umgesetzt werden können.

<http://gesundheit-nds.de/index.php/veranstaltungen/1038-inklusive-gedacht>

VA Schulische Inklusion in Bremen - Bilanz und Perspektiven am 19.03.2019

- Veranstalter: LBB und der „Eine Schule für Alle e.V.“

Vorgesehen sind Best-Practice-Beispiele inklusiver Schulen in Bremen und ein Impulsreferat von Joachim Steinbrück zum Stand und zu den Entwicklungsperspektiven der Inklusion in Bremen. Darüber hinaus hat als Hauptreferentin Ute Erdsiek-Rave zugesagt, die zur „Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention und zum Stand der Inklusion in Deutschland aus Sicht der Deutschen UNESCO-Kommission“ referieren wird.